

Sitzung des Stadtrates am 11. Juli 2011

Die Mitglieder des Duisburger Stadtrates wurden von einer außergewöhnlich großen Schar an Journalisten, Kameras und Fotografen empfangen, die sich im Ratssaal positioniert hatten, um der angekündigten Erklärung des Oberbürgermeisters zum Unglück bei der Loveparade vor ca. einem Jahr beizuwohnen. **Der Rat erhob sich, zum Gedenken an die Opfer der Loveparade**, von seinen Plätzen. Inhalt und Bewertung der Erklärung des Oberbürgermeisters soll nicht Gegenstand dieses Ratsinfos sein, da es sich um Begebenheiten vor Beginn der eigentlichen Ratssitzung handelte. Da Film- und Tonaufnahmen während der Sitzungen verboten sind, wurden die zahlreichen Pressevertreter noch vor Sitzungsbeginn gebeten, den Saal wieder zu verlassen, was einige Zeit in Anspruch nahm.

Sofort zu Beginn, also noch vor der eigentlichen Sitzungseröffnung, begann ein stürmisches Gefecht zwischen SPD und CDU - um die **Tagesordnung**. Die SPD wollte den geplanten Tagesordnungspunkt 70 schon als ersten Punkt beraten, die CDU wollte Top 63 als zweiten Punkt beraten. Die SPD stellte den Antrag, die „**Einrichtung einer Klima-Agentur**“ und den gemeinsamen (!) Antrag von CDU und Grünen zur „Einführung eines Sozialtickets beim VRR“ nicht bzw. nur in erster Lesung zu behandeln. Die CDU stellte den Antrag, den SPD-Antrag „zur Umwandlung der Rechtsform der Gebag“ nur in erster Lesung zu beraten. Wenn in der Vergangenheit eine Fraktion Beratungsbedarf anmeldete, war es üblich, dass alle anderen Fraktionen diesem Wunsch folgten und dieser Tagesordnungspunkt (noch) nicht beraten wurde. Die SPD brach diese Tradition, indem sie die Beratung des Themas „Gebag“ und die ‚Nichtberatung‘ des Themas „**Sozialticket VRR**“ mit Mehrheit durchsetzte. Die Grünen zeigten sich empört, dass das Thema „Klima-Agentur“, das auf einem gemeinsamen Antrag von CDU und Grünen im Jahre 2009 basiert, nun zwar verwaltungsseitig ausgearbeitet worden sei, heute aber auf Antrag der SPD hin, nicht beschlossen werden soll (trotz Rot-Rot-Grüner Kooperationspartnerschaft).

Im neuen Tagesordnungspunkt 1 beschloss der Rat dann kommentarlos und einstimmig, dass „die Verwaltung beauftragt wird, mit den Angehörigen und Vertretern der Opfer der Loveparade über eine **jährlich wiederkehrende Veranstaltung** im würdigen Rahmen am 24. Juli zu sprechen und dem Rat die Ergebnisse vorzulegen.“ Diese Abstimmung beanspruchte deutlich weniger Zeit, als der vorherige Streit darüber, den Tagesordnungspunkt an dieser Stelle zu beraten....

Als neuer Top 2 wurde anschließend der Antrag der SPD-Fraktion beraten, wonach die städtische **Wohnungsbaugesellschaft Gebag von einer Aktiengesellschaft in eine GmbH umgewandelt werden soll**. Die SPD begründete dies damit, dass es nun an der Zeit sei, die Gebag mehr der Kontrolle des Stadtrates zu unterwerfen, was in der Rechtsform der AG nicht möglich ist. CDU und Grüne argumentierten heftig dagegen, dass man, in der aktuell schwierigen Situation der Gebag, durch so eine Forderung eventuell die Kreditgeber verunsichern könne. An dieser Stelle bildete sich zum zweiten Mal ein Abstimmungs- und Argumentationsbündnis zwischen CDU und Grünen.

Es wurde von mehreren Ratsmitgliedern deutlich erklärt, dass die Gebag jetzt nur in finanziellen Schwierigkeiten stecke, weil sie in den vergangenen Jahren (und Jahrzehnten) ständig gezwungen wurde, sich an Bau- und Investitionsprojekten zu beteiligen, die zwar nicht zum Kerngeschäft der Gebag gehörten, aber „von der Politik“ verlangt und angeordnet wurden. Nur der Schluss, der aus dieser Feststellung zu ziehen sei, unterschied die Fraktionen deutlich, denn „die Politik“ bestand zu keiner Zeit aus dem Stadtrat oder einem städtischen Ausschuss o.ä.. „**Die Politik**“ bestand immer nur aus der jeweiligen Stadtspitze, während die gewählten Ratsmitglieder weder Wirtschaftspläne noch Jahresabschlüsse zu Gesicht bekamen. Niemals hatte ein Ausschuss oder der Stadtrat beschlossen, dass die Gebag sich an irgendeinem Projekt beteiligen solle, noch wurde dies den Mandatsträgern mitgeteilt. Selbst auf Nachfragen (z.B. zu Spekulationen über die Gebag-Beteiligung an dem Erweiterungsbau der Kuppermühle) wurde nie eine Auskunft erteilt, mit dem Hinweis, dass das Aktienrecht solche Auskünfte nicht erlaube. Auch die Aufsichtsratsmitglieder der Gebag durften unter diesem Hinweis keine Berichte an den Stadtrat liefern.

Die Überführung der Gebag in eine GmbH befördert zwar den von der FDP geforderten Verkauf der Gesellschaft nicht, steht dem aber auch nicht im Wege, lässt aber wenigstens den Stadtrat daran teilhaben, was zukünftig dort beschlossen werden soll. In der angestrebten Rechtsform einer GmbH weist der Rat den Aufsichtsrat entsprechend an, wie es in allen anderen städtischen Gesellschaften jetzt schon üblich ist. Nach Abwägung dieser Gedanken kam die FDP-Ratsfraktion zu dem Schluss, der Rechtsformänderung zuzustimmen. Die CDU erklärte, dass sie durch diesen Beschluss Konsequenzen befürchtet und beantragte zur späteren genauen Rekonstruktion eine **namentliche Abstimmung**, die dann auch stattfand. Letztendlich stimmten alle Ratsmitglieder der SPD und der FDP sowie die Linken für den Antrag, CDU, Grüne und DWG dagegen. Die FDP wird dennoch auch zukünftig weiterhin den Verkauf der gesamten Gebag fordern, um einen Teil der städtischen Schulden abzubauen.

SPD, Linke, Grüne und FDP hatten in der vergangenen Sitzung mehrheitlich beschlossen, dass die Verwaltung **für anwaltliche Dienstleistungen und juristische Auseinandersetzungen**, pro Fall künftig nur noch bis zu 50.000,- Euro als 'Geschäft der laufenden Verwaltung' betrachten darf. Alle höheren Aufwendungen müssen vom Rat beschlossen werden. Dieser Beschluss war eine Reaktion auf das ungewöhnlich teure Gutachten, dass die Stadt zum Loveparade-Unglück hat erstellen lassen, ohne das der Stadtrat damals dazu den Auftrag erteilt hatte. Dieser Beschluss musste jedoch noch in die Hauptsatzung der Stadt Duisburg eingefügt werden. Der nun von der Fachverwaltung formulierte Beschluss war jedoch textlich so abgeändert, dass der Beschluss zwar für Gutachten gelten sollte, aber nicht für sonstige anwaltliche Dienstleistungen, also nicht für alle anderen juristischen Streitigkeiten, die eine Stadt hat. Der Rechtsdezernent erläuterte, dass der Streitwert zu Beginn einer juristischen Auseinandersetzung oft nicht bekannt ist und die Stadt bei einer Klage in einer 2wöchigen Frist reagieren können müsse, ohne vorher den Rat einzuberufen. Die FDP konnte dieser Argumentation folgen, da die ursprüngliche Intention ja die finanzielle Kontrolle und Einschränkung von Gutachten war und nicht die komplette Kontrolle aller juristischen Angelegenheiten, in die die Stadt verwickelt ist. Die Linke bestand aber auf die Originalformulierung, und da dem Stadtrat der Änderungstext bei Satzungsänderungen in schriftlicher Form vorliegen muss, musste die gesamte Vorlage noch während der Ratssitzung neu geschrieben und umgedruckt werden. Zu späterer Stunde beschlossen die oben genannten Fraktionen den „geänderten Änderungstext“ der Hauptsatzung.

Wie immer standen wieder zahlreiche **Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse** von städtischen Gesellschaften auf der Tagesordnung, die einstimmig im Sekundentakt und ohne jede Wortmeldung beschlossen wurden, da die drei bisherigen Tagesordnungspunkte bereits über 2 Stunden in Anspruch genommen hatten. Wie immer enthielt sich die FDP-Ratsfraktion bei allen Gesellschaften, bei denen sie nicht im Aufsichtsrat vertreten ist, z.B. bei GfB, WDG, EG-DU, Zoo-AG, Niag, IDE, duisport u.a.. Einstimmig wurde in diesem Zusammenhang der **Anstellungsvertrag des Geschäftsführers der Filmforum GmbH** (durch Nichtkündigung) um ein Jahr verlängert.

Bei Tagesordnungspunkt 16 war ein langatmiges Wortgefecht zwischen den verschiedenen Fraktionen und der Verwaltung vorprogrammiert. Die Verwaltung hatte eine 2,5 cm dicke Vorlage produziert, in der **alle freiwilligen Leistungen der Stadt** aufgelistet waren. Gleichzeitig forderte die Verwaltung den Rat zum wiederholten Male auf, eine kleine **Finanzkommission** zu bilden, in der die Konsolidierung der städtischen Finanzen beraten werden solle. Diese Idee hat vom Stadtrat bereits mehrmals abgelehnt. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sah vor, entweder der Gründung einer Finanzkommission zuzustimmen oder konkrete Streichungen bei den vorgelegten freiwilligen Leistungen vorzunehmen. Nach einer weitläufigen und wortreichen Aussprache lehnte die große Mehrheit des Stadtrates beides ab. Nur CDU und DWG wollten dem zustimmen. Die FDP lehnt eine Finanzkommission „im Hinterzimmer“ ab, weil es erstens nicht den demokratischen Gepflogenheiten entspricht, vor allem aber, weil wir jahrelang gewinnbringende Anträge zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes gestellt hatten (Anteilsverkäufe, Privatisierungen etc.) und nie eine der anderen Fraktionen diesen Vorschläge zugestimmt hat. Streichungen bei freiwilligen Leistungen sind aus Sicht der FDP also überhaupt nicht nötig. Es würde also auch keinen Sinn machen, wenn die FDP die Verantwortung dafür (mit) übernehmen sollte, wenn eine Kommission bürgerbelastende Streichungen beschließen würde. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Rat nicht nur die Wahl zwischen „kleiner Finanzkommission“ und „Streichungen“ hätte, sondern jederzeit auch

noch den Einnahme- und Einsparvorschlägen der FDP folgen könne, die ein deutlich höheres Volumen aufweisen, als alle anderen bisher vorgelegten Ideen und Vorschläge.

Einstimmig wurde der Verwaltungsvorschlag beschlossen, wonach **Kämmerer Dr. Langner** demnächst zu seinem Finanzressort und **auch noch für das Personal der Stadt und für den Einkauf zuständig** sein soll. Begründet wurde dies damit, dass der Kämmerer sowieso bei jeder Personalangelegenheit und bei jedem Einkauf seine Genehmigung und Unterschrift leisten müsse. Das würde dann sinngemäß zwar auch für Kultur-, Schul-, Jugend-, Recht-, Sport-, Planungs-, und Umweltbelange gelten, so dass sich den meisten Anwesenden diese Begründung nicht ganz erschloss, da aber die Dezernenten und die Verwaltung dies „unter sich“ so besprochen hatte, stimmte der Rat einstimmig zu.

Einstimmig wurde letztendlich auch die **Einstellung von insgesamt 82 Praktikant/innen und Auszubildenden im Jahre 2012** - in der Kernverwaltung - beschlossen, aber auch bei diesem Thema mussten zunächst lange Debatten geführt werden, weil die SPD fünf IT-Auszubildende mehr einstellen wollte und die DWG erläuterte, dass in 2011 ca. 35 Personen weniger eingestellt wurden, als geplant und man evtl. diese 35 Stellen nun auf das Jahr 2012 „aufschlagen“ könne.

Die **Einrichtung von neuen „integrativen Lerngruppen“** in der Comenius-Schule in Hamborn, in der Gesamtschule Meiderich und in der Gesamtschule Globus in Stadtmitte wurde ohne befürwortende und/oder ablehnende Kommentare einstimmig beschlossen. Ebenso die **Erhöhung der Mittagessenkosten bei städtischen Kindertageseinrichtungen**. Hierbei musste, wegen des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ der Bundesregierung, eine komplette Neukalkulation der Preise vorgenommen werden, da Empfänger von Leistungen ihren Anteil (auf Antrag) innerhalb des o.g. Paketes bekommen und daher von der Stadt keine zusätzliche Ermäßigung mehr bekommen können.

Eine große Mehrheit des Rates aus CDU, SPD, Grüne, Linke und DWG beschloss die **Ausweitung und Erhöhung der Parkgebühren in der Duisburger City und demnächst auch in Neudorf** (in den Straßen, die in der Nähe des neuen Berufsschulzentrums liegen). Die FDP stimmte als einzige Fraktion dagegen, was aber voraussichtlich in keiner Presseberichterstattung Erwähnung finden wird.

Monatelang wurde in den politischen Gremien ein Konzept zur Steuerung von „**Vergnügungsstätten**“ beraten. Der Begriff ist aus juristischer Sicht nicht zweifelsfrei geklärt, soll aber im Falle des Duisburger Konzeptes vor allem **die Ansiedlung von Spielhallen, Sexshops, Nachtbars und ähnlichem Gewerbe** steuern. Die erweiterte FDP-Ratsfraktion hat in mehreren Sitzungen ausführlich darüber diskutiert, wobei die Meinungen zwischen „unkontrollierter freier Ansiedlung“ und „strenger Kontrolle“ lagen. Für beides gibt es überzeugende Argumente. Letztendlich stellt die Verwaltungsvorlage aber nicht nur ein Konzept zur Verhinderung der o.g. Gewerbe da, sondern weist auch ausdrücklich Gebiete und Bereiche auf, in denen eine Ansiedlung generell erlaubt wird (und ausdrücklich nicht nur in Stadtrandgebieten). In der letzten, zum wiederholten Male geänderten Fassung, wurde nun auch erwähnt, dass Diskotheken im Citybereich zwar aus juristischer Sicht zu den Vergnügungsstätten gehören, in diesen speziellen Fällen aber Ausnahmen vorgesehen sind, womit die letzten Zweifel der FDP-Mandatsträger ausgeräumt werden konnten, so dass diese, neben allen anderen Fraktionen, nun auch dem Konzept zustimmen konnten.

In Walsum sollen **neue Aufenthaltsräume für die Freiwillige Feuerwehr** gebaut werden, was die Stadt 54.000,- Euro Miet-Mehrkosten an die IMD kosten wird und **das Mannesmann-Gymnasium wird renoviert**, wodurch sich die Miete für die Stadt an die IMD um jährlich 105.480,00 Euro erhöhen wird. Beide Maßnahmen, die offenbar mit der Bezirksregierung (Finanzaufsicht) abgestimmt sind, wurden einstimmig beschlossen.

Wie üblich standen auch in dieser Ratssitzung wieder eine ganze Reihe von **Bebauungsplänen** auf der Tagesordnung. So wurde beschlossen, dass der B-Plan für den Grüngürtel Nord öffentlich ausgelegt wird, ein B-Plan für eine Umgehungsstraße in Meiderich aufgestellt werden soll und ein B-Plan in Baerl aufgestellt werden soll, damit sich dort (nach 5 Jahren wieder) ein Lebensmittelmarkt ansiedeln kann. Auch der Bebauungsplan für das Gebiet der „Duisburger Freiheit“ soll nun öffentlich ausgelegt werden soll. Im letzteren Fall wurde die Vorlage noch kurzfristig geändert, damit (entgegen

der ursprünglichen Planungen) die **Original-Loveparade-Unglücksstelle erhalten bleiben kann**, was für viele eine Voraussetzung für die Zustimmung war. Weitere Aufstellungsbeschlüsse für B-Pläne gab es in Duisern, in Buchholz, Marxloh und in Großenbaum.

Auch die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den geplanten „**Autohof Kaiserberg**“ lag zum Beschluss vor. Die Grünen hatten per Zusatzantrag versucht, den Investoren die Konzessionen zum Betrieb eines angeschlossenen Entertainmentcenters zu versagen. Diesem Antrag stimmte lediglich die CDU zu. Die FDP-Ratsfraktion hatte sich mit dem Thema beschäftigt und sich die detaillierten Pläne des Investors vorstellen lassen. Demnach ist es kaum möglich, einen Autohof (mit bewachten LKW-Parkplätzen, Aufenthaltsräumen, Duschen etc.) zu betreiben, ohne zusätzliche Einnahmen zu generieren (Restaurant, Hotel und Tankstelle werden auf eigene Rechnung von anderen Firmen betrieben). In diesem Fall sollen Einnahmen durch ein Entertainmentcenter mit Spielgeräten erfolgen, was nach Überzeugung der FDP-Ratsfraktion keine Konkurrenz zum Duisburger Casino darstellt und auch nicht mehr die Spielsucht fördert, als andere Spielhallen oder Spielcasinos. Letztendlich sprachen sich nur Grüne und CDU (!) gegen den seit vielen Jahren geplanten Autohof aus.

Die CDU lehnte auch als einzige Fraktion die **Auslobung eines Kulturpreises** ab, der nach dem verstorbenen Homberger Künstler **Fakir Baykurt** benannt werden soll. Mit diesem Förderpreis sollen Kulturschaffende ausgezeichnet werden, die sich „in ihren Arbeiten mit den Lebensgeschichten von Menschen in der multiethnischen Gesellschaft auseinandersetzen“. Da die erforderlichen Mittel (der Hauptpreis ist mit 5.000,- Euro dotiert, der Förderpreis mit 2.500,- Euro) ausschließlich durch private Sponsoren aufgebracht werden sollen, konnte die FDP-Ratsfraktion hier keinen Grund erkennen, warum man dieser Idee nicht zustimmen sollte.

Es folgten zahlreiche Mitteilungsvorlagen, also Informationen, die der Stadtrat zur Kenntnis nehmen soll, bei denen aber nichts abgestimmt werden muss. So teilte die **Verbandsversammlung der Sparkasse** mit, dass sie entgegen aller politischen Wünsche, auf die Auszahlung von Dividenden ‚verzichtet‘. Es wurde weiterhin mitgeteilt, dass der Anstellungsvertrag des Geschäftsführers der IDE, **Dr. Oehmke**, sich um 5 Jahre verlängert, wenn er nicht vom Aufsichtsrat bis zum 30.10.2011 gekündigt wird. Der Kämmerer teilte mit, dass es **Mehrauszahlungen und Mehraufwendungen** im Haushaltsjahr 2010 gab und die Gesellschaft „**EG-DU**“ wurde in einem Papier ausführlich vorgestellt. Die **Wirtschaftsbetriebe** teilten mit, dass der Verwaltungsrat der WBD-AöR beschlossen hat, nur 4 Mio. Euro von insgesamt 8,5 Mio. Euro Jahresüberschuss (in 2010) an die Stadt auszuschütten.

CDU und Grüne (!) wollten in verschiedenen Anträgen ihre jeweiligen Aufsichtsratsposten tauschen – ein Aufsichtsratsitz der Grünen in der „Zoo-AG“ gegen einen Aufsichtsratsitz der CDU in der „Werkstatt für Menschen mit Behinderung“. Außerdem wurden CDU-interne Umbesetzungen von Aufsichtsratsitzen in der Verkehrsgesellschaft „Via“ und in der „DVG“ beantragt. Da es sich hierbei aber nicht um Ausschusssitze handelt (wo der jeweiligen Fraktion das Besetzungsrecht zusteht), sondern um **Aufsichtsratsitze**, ging dies nicht so einfach, wie CDU und Grüne sich dies vorgestellt hatten. Die Verwaltung hat dies frühzeitig erkannt und neue Beschlussvorlagen erstellt, die juristisch korrekte Beschlüsse des Stadtrates zuließen und nicht so sehr nach internen Absprachen aussahen.

1996 hatte der Rat die Einrichtung eines soziokulturellen Zentrums am Dellplatz beschlossen und dem Verein „**Hundertmeister**“ den Betrieb übertragen. Nachdem der Verein Insolvenz angemeldet hat und wohl nicht mehr zu retten sein wird, hat der Stadtrat in der heutigen Ratssitzung die Beendigung dieser Aufgabenübertragung an den Verein beschlossen und gleichzeitig die sofortige Einstellung der Mittel.

Als die Luft im Ratsaal (sinnbildlich und tatsächlich) aufgeheizt und stickig war, beschlossen die Ratsmitglieder unter dem Titel „**Luftreinhalteplan**“ die Einrichtung einer großflächigen Umweltzone, die das gesamte Duisburger Stadtgebiet umfasst. Anders als im Umweltausschuss, der noch am Vormittag zum selben Thema getagt hatte, wurde nun, zu vorgerückter Stunde, nicht weiter darüber diskutiert. Nur die FDP stimmte dagegen, alle anderen Fraktionen stimmten zu und freuen sich offenbar darüber, dass kleinere Firmen und finanzschwache Familien demnächst gezwungen werden, sich neue Fahrzeuge anzuschaffen, obwohl der Umwelteffekt dieser Maßnahme bei nahezu „null“ liegt. Um 20:00 Uhr beendete der Stadtrat seine letzte Sitzung vor der Sommerpause.